

■ Volksinitiative «Raum für Mensch und Natur» – eine Chance für den Landschaftsschutz

Der Landschaftsschutz in der Schweiz steht und fällt mit seinem wohl wichtigsten Instrument, der Raumplanung. Diese sollte nämlich nicht nur für einen grösstmöglichen Schutz der Ressource Boden sorgen, sondern auch die Inkohärenzen der raumwirksamen Sektoralpolitiken (hier Verkehrsförderung, dort Umweltschutz, hier Steuerwettbewerb, dort Regionalpolitik, hier Denkmalpflege, dort Eigentumsgarantie) glätten. Die heutige Raumplanungspolitik ist aber den Herausforderungen der offenen Märkte, des internationalen Kapitalflusses, der Personenfreizügigkeit, des Klimawandels, der bislang ungekannten Dimensionen der Bauprojekte und der neuen architektonischen Freiheiten nicht mehr gewachsen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen ist heute derart mangelhaft, dass letztlich niemand für die Entwicklung des Bodenverbrauchs in der Schweiz zuständig ist. Richtpläne werden vom Bund «durchgewunken» und die formulierten Auflagen nicht eingefordert. Immerhin ist die Sensibilität in der Bevölkerung seit dem «Fall Galmiz» und angesichts weiterer grosser Einzonungsbegehren (Lyssbachtal, Müntschemier, Wigoltingen TG u.a.), aber auch seit dem ungezügelter und hoch spekulativen Zweitwohnungsbau gestiegen. Gerade in der Lex Koller-Frage fordert auch die Umweltkommission des Nationalrates griffige flankierende raumplanerische Massnahmen.

2008 stehen wir vor einem entscheidenden Wendepunkt: So soll



Galmiz FR: 55 ha Industriezone geplant, Auslöser für die Initiative (Foto: Archiv SL-FP)

Galmiz FR: projet de 55 ha de zone industrielle, à l'origine du lancement de l'initiative (photo: archives SL-FP)

Mitte Jahr die Vernehmlassung für eine Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) eröffnet werden. Der nötige Paradigmawechsel in der Frage unseres Umgangs mit dem unverbauten Boden, wird aber – so haben Fachtagungen gezeigt – ohne Neuordnung der Kompetenzen und ohne Verfassungsänderung in der Planung nicht erfolgen. Der Schutz der Ressource Boden ist aufgrund der Delegation der Raumplanung an die Kantone und deren Weiterdelegation an die Gemeinden bis heute wenig wirkungsvoll gewesen. Solange diese Gemeindehoheit unverrückbar bleibt, solange wird das heutige Verfassungsziel des häuslichen Umgangs mit dem Boden auch in Zukunft nicht erfüllbar sein. Der Bodenverbrauch, der sich aus 2700 Ortsplanungen ergibt, ist seit Jahrzehnten ungebrochen hoch. Würden alle 60 000 Hektaren unverbauten Bauzonen plötzlich überbaut, so sähe die Schweiz massiv anders aus. Gerade in agglomerationsnahen Gebieten im Tessin (z.B. Intragna, Morcote, Caslano) oder peripheren Regionen wie im Goms VS würde die Über-

bauung der von Kanton und Bund tolerierten Bauzonen wertvolle Landschaften und geschützte Ortsbilder zerstören. Derzeit kann man nur hoffen, dass in diesen Bauzonen gar nie der Baggerzahn aktiv wird.

Auf die heute fehlende Begrenzung der Siedlungstätigkeit wies auch das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) in seinem Raumentwicklungsbericht (2005) hin. Der Bodenverbrauch schreitet nach wie vor ungebremst (rund 1 m² pro Sekunde) fort. Unserer Bevölkerung wird im wahrsten Sinne der Boden unter den Füßen weggezogen. Verschiedene Fachtagungen und Fachleute befassten sich im Zusammenhang mit dem «Fall Galmiz» mit der Frage, wie die Raumplanung in unserem Lande verbessert werden könnte. Der Ruf nach neuen Instrumenten zur Vermeidung der Zersiedelung wurde laut. Demgegenüber hat das eidgenössische Parlament seit der letzten Abstimmung zur Teilrevision des RPG 1999 laufend Vorstösse zur weiteren Schwächung der Raumplanung überwiesen. Dennoch hielt

Wilten b. Wollerau SZ vorher/nachher
(Foto: S. Wunderlin)
Wilten b. Wollerau SZ avant/après
(photo: S. Wunderlin)



der Bundesrat 2004 fest (Antwort zur Motion von Nationalrätin Barbara Marty Kälin): «Die flächenhafte Siedlungsentwicklung, wie sie heute leider immer noch Realität ist, steht in klarem Widerspruch zu wichtigen Grundanliegen der Raumplanung.»

Auch im Raumentwicklungsbericht 2005 des ARE heisst es: «Die Raumentwicklung der letzten Jahrzehnte ist im Sinne der Bundesverfassung nicht als nachhaltig einzustufen.» Eine Besserung ist nicht in Sicht, im Gegenteil: Neueinzonungen für Bauland sind heute in praktisch jeder Gemeinde ein Thema. Dies, obwohl die bestehenden Baulandreserven noch für rund 2,5 Millionen zusätzliche Einwohner in der Schweiz reichen!

Im Zuge des «Falles Galmiz» lancierte die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) im Januar 2006 den Vorschlag einer Volksinitiative zur Begrenzung des Bodenverbrauchs durch Siedlungswachstum. In zahlreichen Expertengesprächen unter unserer Leitung wurde ein Text geschaffen, der die Eckpfeiler des bisherigen Verfassungsartikels über-

nimmt, die bisherigen Schwächen (unklare Verantwortung, schwache materielle Ziele) aber korrigiert.

Die eidgenössische Volksinitiative «Raum für Mensch und Natur (Landschaftsinitiative)» wurde am 10. Juli 2007 von 16 nationalen Organisationen im Bereich Landschaftsschutz, Umweltschutz, Raumplanung und Landwirtschaft unter der Federführung der Pro Natura lanciert. Im Komitee ist auch der Schweizer Heimatschutz vertreten.

Die Landschaftsinitiative hat zum Ziel, die Raumentwicklung in der Schweiz auf den Pfad der Nachhaltigkeit zu bringen. Sie wendet dazu drei Mittel an:

1. Die Verantwortung für einen nachhaltigen Umgang mit dem Boden ist neu eine Verbundaufgabe des Bundes und der Kantone.
2. Die zentralen Elemente des bestehenden Verfassungsartikels werden übernommen. Sie werden ergänzt durch wichtige Begriffe, die bis anhin zu wenig Gewicht hatten: Schutz des Kulturlandes, Trennung des Baugebiets vom Nichtbaugebiet, Siedlungsentwicklung nach innen.
3. Die Gesamtfläche der Bauzonen (im kantonalen und gesamtschweizerischen Massstab) darf während 20 Jahren nicht vergrössert werden. Ausnahmen kann der Bundesrat nur in begründeten Fällen gewähren.

Es soll daher nur dann weiter eingezont werden, wenn auch andernorts wieder ausgezont wird.

Dieses Ziel lässt sich nur erreichen, wenn in der Raumplanung die Kantone und der Bund gemeinsam mehr Verantwortung übernehmen. Da Auszonungen nicht überall ohne grosse Entschädigungsforderungen möglich sind, müssen neue Instrumente, beispielsweise gegen die Baulandhortung, entwickelt und die Mehrwertabschöpfung durchgesetzt werden. Auch marktwirtschaftliche Instrumente wie die handelbaren Flächennutzungszertifikate sind denkbar. In begründeten Fällen soll der Bundesrat aber auch Ausnahmen von dem Einzonungsstopp für Kantone gewähren können, die bisher nachweislich haushälterisch mit dem Boden umgegangen sind, über genügend gutes Kulturland verfügen und in ihren Entwicklungsgebieten eine hohe Erschliessungsgüte aufweisen. Im Weiteren soll der Bund eine hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen fördern und einschränkende Bestimmungen für das Bauen im Nichtbaugebiet erlassen. Mit dieser von der SL angestossenen Initiative, die in der Öffentlichkeit gut aufgenommen wurde, wird ein gewichtiges Zeichen in Richtung mehr Rücksicht auf unseren Boden, unser Kulturland und unsere Landschaft gesetzt. Es tut aber auch Not, das heute verabsolutierte Verständnis des Grundeigentums mit Blick auf einen die Gesellschaft und Umwelt respektierenden Umgang mit dem knappen Gut Boden zu überdenken.

Raimund Rodewald
Dr. phil. biol., Geschäftsleiter SL



Ein Beispiel der sich rasch ausbreitenden
Urbanisierung. Verbier VS 1943 und 2006
(Foto: Archiv SL-FP)
Un exemple de l'étalement galopant de
l'urbanisation. Verbier VS en 1943 et en
2006 (photo: archives SL-FP)

I Fakten zur Arealstatistik in der Schweiz

Bereich	Kenndaten	Zahlen (Raumentwicklungsbericht 2005 u.a.)
Siedlungsflächen	Flächenverbrauch durch Siedlungstätigkeit	0,86 m ² pro Sekunde 7,4 ha pro Tag (Rütliwiese = 6,1 ha) 3500 ha pro Jahr (Fläche Zugersee) Tendenz ‰
	Wachstum der Siedlungsflächen zwischen 1979-85 und 1992-97 (Arealstatistikperioden)	32 700 ha (grösser als der Kanton SH, 1/3 auf Kosten von Einfamilienhäusern)
	Anteil Siedlungsfläche an potenziell besiedelbarer Fläche (32 % der Landesfläche)	22 % ; Tendenz ‰
	Siedlungsfläche pro Kopf	397 m ² ; Tendenz ‰
Kulturland	Täglicher Verlust von Kulturland	11 ha (15 Fussballplätze) ; Tendenz ‰
	Verlust von Kulturland zwischen 1979-85 und 1992-97 (Arealstatistikperioden)	48 200 ha (2/3 davon aufgrund des Siedlungswachstums)
Bauten	Neue Einfamilienhäuser pro Jahr	ca. 12 000
	Neubauten ausserhalb der Bauzonen (Projekte 2002)	ca. 2500 in einem Jahr
	Gebäudefläche ausserhalb der Bauzonen	35 000 ha
	Bestand der Zweitwohnungen	420 000 (11,8% aller Wohnungen) ; Tendenz ‰
Bauzonen	Fläche der Zweitwohnungen	Verdopplung zwischen 1980 und 2000 ; Tendenz ‰
	Überbaute Bauzonen	73 % (160 000 ha)
	Nicht überbaute Bauzonen	27 % (60 000 ha); das entspricht der doppelten Fläche des Kantons SH und würde für 2,5 Mio. Personen reichen.
	Erschliessungsgrad der nicht überbauten Bauzonen	55 %
	Grösste Bauzonenreserven	in Tourismus-, Agrar- und periurbanen ländlichen Gemeinden
Unabhängige Urteile	Industriebrachen	1560 ha (grösser als die Stadt Genf, potenzieller Wohnraum für 190 000 Menschen und 140 000 Arbeitsplätze)
	Lehrbuch <i>Landwirtschaftliches Meliorationswesen</i> , Schweiz. Verband der Ingenieur-Agronomen, 1970	«Je länger desto mehr wird das Bodenproblem zu einem ernsten Anliegen unserer Behörden, ja des ganzen Volkes.»
	<i>Raumentwicklungsbericht</i> , ARE, 2005	«Die Raumentwicklung der letzten Jahrzehnte ist im Sinne der Bundesverfassung nicht als nachhaltig zu bezeichnen.»



■ Initiative populaire «De l'espace pour l'homme et la nature» – une chance pour la protection du paysage

■ La protection du paysage en Suisse repose entièrement sur son instrument principal, l'aménagement du territoire. En effet, ce dernier ne devrait pas uniquement tendre à la protection maximale de cette ressource qu'est le sol, mais également veiller à réduire les incohérences des politiques sectorielles qui ont des effets sur l'organisation du territoire (promotion du tourisme vs protection de l'environnement, concurrence fiscale vs politique régionale, conservation des monuments historiques vs garantie de la propriété). La politique actuelle en matière d'aménagement du territoire n'est malheureusement plus à la hauteur des défis que posent les marchés ouverts, les flux internationaux de capitaux, la libre circulation des personnes, les changements climatiques, les dimensions jusqu'à ce jour inconnues des projets de construction ou encore les nouvelles libertés architecturales. Aujourd'hui, la collaboration entre la Confédération et les cantons est si lacunaire que plus personne n'est vraiment responsable de l'évolution de la consommation du sol en Suisse. La Confédération adopte des plans directeurs sans examen approfondi et le respect des conditions formulées n'est pas exigé. Toutefois, la population est devenue plus sensible aux grands projets de mise en zone constructible (Lyssbachtal, Müntschemier, Wigoltingen (TG) entre autres) depuis le «cas Galmiz», mais aussi depuis que la construction de résidences secondaires se fait plus effrénée et spéculative. C'est justement dans le cadre des

discussions sur la Lex Koller que la commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie (CEATE) du Conseil national réclame des mesures d'accompagnement appropriées en matière d'aménagement du territoire.

L'année 2008 marquera un tournant décisif: au milieu de l'année, le Conseil fédéral ouvrira la procédure de consultation en vue de la révision de la loi sur l'aménagement du territoire (LAT). Cependant, il a été montré, lors d'assemblées de spécialistes, que l'indispensable changement de paradigme en ce qui concerne notre rapport au sol non bâti ne pourra entrer dans la planification sans une nouvelle répartition des compétences et une modification de la Constitution. En raison de la délégation de l'aménagement du territoire aux cantons et de sa sous-délégation aux communes, la protection du sol, comme ressource, s'est révélée jusqu'à présent bien peu efficace. Tant que la souveraineté des communes dans ce domaine sera immuable, l'objectif de la Constitution en vue d'une utilisation mesurée du sol ne pourra pas être atteint. La consommation du sol qui résulte de 2700 plans d'aménagement local du territoire est très élevée depuis des siècles. Si les 60 000 hectares de zones à bâtir encore non construites étaient soudainement couverts de constructions, la Suisse offrirait un tout autre visage. Dans certaines régions du Tessin proches des agglomérations (p. ex. Intragna, Morcote, Caslano) ou dans des régions périphériques

telles que la vallée de Conches au Valais, la construction des zones à bâtir tolérées par le canton ou la Confédération provoquerait la destruction des sites construits protégés et de paysages en tout point précieux. Actuellement, on ne peut qu'espérer que les pelleteuses ne se mettent jamais en mouvement dans ces zones à bâtir.

Dans son rapport 2005 sur le développement territorial, l'Office fédéral du développement territorial (ARE) a souligné le fait que l'urbanisation n'était pas assez délimitée. La consommation du sol se poursuit toujours à un rythme effréné (1 m² par seconde). On peut donc dire au sens propre que le sol se dérobe sous les pieds de notre population. Dans le contexte du «cas Galmiz», diverses assemblées de spécialistes se sont penchées sur la question de l'amélioration de l'aménagement du territoire dans notre pays. Des voix se sont élevées pour réclamer la création de nouveaux instruments destinés à freiner l'urbanisation anarchique. A l'inverse, depuis la dernière votation sur la révision partielle de la LAT en 1999, le Parlement fédéral n'a eu de cesse de transmettre des interventions parlementaires allant dans le sens d'un affaiblissement de l'aménagement du territoire. Toutefois, le Conseil fédéral a encore déclaré en 2004 dans sa réponse à la motion de la conseillère nationale Barbara Marty Kälin: «Un développement urbain étendu et diffus est effectivement en contradiction flagrante avec les principes de base de l'aménagement du territoire».



Le rapport 2005 de l'ARE sur le développement territorial relève également ceci : «Le développement des dernières décennies ne va pas dans le sens de la durabilité, au sens de la Constitution fédérale.» La situation n'est pas sur le point de s'améliorer, au contraire: la mise en zone constructible est un sujet d'actualité dans presque toutes les communes, bien qu'en Suisse les réserves actuelles de terrains à bâtir soient suffisantes pour 2,5 millions d'habitants de plus ! Suite au «cas Galmiz», la Fondation suisse pour la protection et l'aménagement du paysage (FP) a proposé en janvier 2006 de lancer une initiative populaire en vue de limiter la consommation du sol due à l'augmentation des zones urbanisées. Au cours de nombreuses réunions d'experts menées sous notre direction, un texte a pu être élaboré. Il reprend les principaux axes de l'article constitutionnel actuel, mais en corrige les faiblesses (responsabilités peu claires, objectifs matériels déficients).

L'initiative populaire fédérale «De l'espace pour l'homme et la nature (initiative pour le paysage)» a été lancée le 10 juillet 2007, sous la conduite de Pro Natura, par seize organisations nationales œuvrant dans les domaines de la protection du paysage, de la protection de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'agriculture. L'organisation Patrimoine suisse est également représentée au sein du comité.

L'initiative pour le paysage a pour objectif de mener l'aménagement

Chaque seconde, 1 m² d'espace vert disparaît sous le béton de routes, centres commerciaux, parkings et habitations. Villars-sur-Glâne FR 2003 (photo: archives SL-FP)

Jede Sekunde wird 1 m² Grünfläche für Strassen, Einkaufszentren, Parkplätze und Wohnungen zubetoniert. Villars-sur-Glâne FR 2003 (Foto: Archiv SL-FP)

du territoire en Suisse sur la voie de la durabilité. Pour ce faire, elle envisage d'employer trois moyens:

1. La gestion durable du sol doit désormais être une tâche commune de la Confédération et des cantons.
2. Les éléments centraux de l'article constitutionnel existant sont repris, mais complétés par des concepts importants qui n'avaient jusqu'ici que trop peu de poids: protection des terrains agricoles, séparation entre les zones à bâtir et les territoires non constructibles, urbanisation vers l'intérieur.
3. La surface totale des zones à bâtir (aux échelles cantonale et nationale) ne devra pas être augmentée durant une période de 20 ans. Le Conseil fédéral ne pourra accorder de dérogations que dans des cas justifiés.

Il ne sera possible d'inclure des terrains dans une zone à bâtir que si d'autres en sont ailleurs exclus. Cet objectif ne pourra être atteint que si les cantons et la Confédération assument en commun plus de responsabilités dans l'aménagement du territoire. Comme le déclassement en zone non constructible ne peut être partout réalisé sans d'importantes demandes de dédommagements, de nouveaux instruments, par exemple contre la thésaurisation de terrains à bâtir, doivent être

développés et une compensation de la plus-value doit être prévue. L'utilisation d'instruments économiques, comme des certificats négociables d'utilisation de la surface, est également envisageable. Dans des cas justifiés, le Conseil fédéral doit également pouvoir accorder des dérogations à l'interruption des mises en zone constructible en faveur de cantons qui ont manifestement utilisé le sol de manière modérée jusqu'à présent, disposent en suffisance de bonnes terres agricoles et présentent une excellente desserte dans leurs zones de développement. En outre, la Confédération doit encourager une urbanisation vers l'intérieur de grande qualité et édicter des dispositions restrictives pour la construction dans les territoires non constructibles. Cette initiative lancée par la FP et bien reçue par la population donne un signal clair en faveur d'un plus grand respect de notre sol, de nos terres agricoles et de notre paysage. Il est vraiment urgent de reconsidérer la conception érigée en principe absolu de la propriété foncière dans le sens d'une utilisation respectant la société et l'environnement de ce bien rare qu'est le sol.

Raimund Rodewald, Dr ès sc. nat.,
biologiste, directeur de la FP



Wigoltingen TG: 40 ha Industriezone, u.a. für ALDI geplant (Foto: zvg)

Wigoltingen TG: 40 ha de zone industrielle, prévue notamment pour l'implantation d'ALDI (photo: mise à disposition)

I Faits relatifs à la statistique de la superficie en Suisse

Domaine	Données	Chiffres (tirés notamment du rapport 2005 sur le développement territorial)
Surfaces urbanisées	Consommation de surfaces due à l'urbanisation	0,86 m ² par seconde 7,4 ha par jour (prairie du Grütli = 6,1 ha) 3500 ha par année (surface du lac de Zoug) Tendance: ‰
	Croissance des surfaces urbanisées entre 1979-85 et 1992-97 (périodes de recensement de la statistique de la superficie)	32 700 ha (surface plus grande que le canton de Schaffhouse, 1/3 en faveur des maisons familiales)
	Part des surfaces urbanisées aux surfaces qui peuvent être construites (32% de la superficie du territoire suisse)	22%; tendance: ‰
	Surface urbanisée par habitant	397 m ² ; tendance: ‰
Terres agricoles	Perte journalière de terres agricoles	11 ha (15 terrains de football); tendance: ‰
	Pertes de terres agricoles entre 1979-85 et 1992-97 (périodes de recensement de la statistique de la superficie)	48 200 ha (dont 2/3 en raison de l'augmentation des zones urbanisées)
Constructions	Nouvelles maisons familiales par année	env. 12 000
	Nouvelles constructions en dehors des zones à bâtir (projets en cours en 2002)	env. 2500 en une année
	Surface de bâtiments en dehors des zones à bâtir	35 000 ha
	Nombre des résidences secondaires	420 000 (11,8% de tous les appartements); tendance: ‰
Zones à bâtir	Surface des résidences secondaires	Duplication entre 1980 et 2000; tendance: ‰
	Zones à bâtir construites	73% (160 000 ha)
	Zones à bâtir non construites	27% (60 000 ha); cela correspond au double de la surface du canton de Schaffhouse et suffirait pour accueillir 2,5 mio de personnes.
	Degré d'équipement des zones à bâtir non construites	55%
	Réserves des plus grandes de zones à bâtir	dans les communes touristiques, agricoles et rurales périurbaines
Jugements indépendants	Rapport des réserves de zones à bâtir par habitant entre les grands centres et les communes touristiques	1 : 20
	Friches industrielles	1560 ha (surface plus grande que la ville de Genève, espace habitable potentiel pour 190 000 personnes et 140 000 emplois)
	Manuel didactique (existe seulement en allemand) Landwirtschaftliches Meliorationswesen, Schweiz. Verband der Ingenieur-Agronomen, 1970	«Plus elle dure, plus la problématique du sol devient une préoccupation sérieuse pour nos autorités, voire pour le peuple tout entier.»
	Rapport sur le développement territorial de l'ARE (2005)	«Le développement des dernières décennies ne va pas dans le sens de la durabilité, au sens de la Constitution fédérale.»

■ **Verdichtet bauen heisst nachhaltig bauen – Die Landschaftsinitiative als Chance für eine andere Siedlungspolitik**

■ Menschen kommender Generationen werden sich kopfschüttelnd mit der Frage auseinandersetzen müssen, warum die postindustrielle Gesellschaft mit selbstmörderischer Selbstverständlichkeit ihre Lebensgrundlagen aufs Spiel gesetzt hat, ohne zu wissen, wie diese je wieder hergestellt werden könnten. Diese – unsere – Gesellschaft zieht es offenbar vor, auf die Vertrauenswürdigkeit eines aus dem Ruder laufenden Systems zu pokern, auf in den Sternen stehende Lösungsansätze zu spekulieren, statt sich Gedanken darüber zu machen, dass ihr Umgang mit der Welt letztlich nur so gut sein kann wie ihr Umgang mit sich selbst. Betroffenheit ist offenbar nicht aus Einsicht, sondern nur aus unmittelbarem Leidensdruck, ja nackter Angst zu erzielen. Wo diese ausbleiben, findet weder Selbstreflexion noch Neubesinnung statt. Mit der Landschaftsinitiative haben wir eine Möglichkeit, es einmal mehr zu versuchen. Dazu muss die Landschaft zuerst einmal als Teil der Ressourcendiskussion verstanden werden. Landschaft ist eine nicht erneuerbare Ressource. Eine bebauten Wohnzone am Dorfrand beispielsweise ist abgesehen von ganz wenigen Verdichtungsmöglichkeiten aus bodenrechtlichen Gründen weder entwickelbar noch je rückbaubar. Wir erkennen unsere Zeit. Alle Lebensbereiche, die mit naturwissenschaftlichen Methoden beschrieben werden können, sind inzwischen zum Gegenstand eines Erkenntnisprozesses geworden, der uns möglicherweise zu einem



Oktagon-Neubau, 2000–2004, Marzili Bern, Architekt E. Ponato (Foto: D. Uldry)
L'Octogone et sa nouvelle construction attenante, 2000–2004, Marzili Beme, architecte E. Ponato (photo: D. Uldry)

bewussteren Umgang mit allen Rohstoffen und dem Klima führen wird. Um alle anderen, die Landschaft gehört dazu, ist es schlecht bestellt. Doch warum? Vielleicht deshalb, weil es eigentlich kein «natürliches» Gut, sondern das Produkt eines kulturellen Prozesses, zusammenfassend gesagt eine Projektionsfläche der Seele ist. Ihre Zerstörung mag zu einem Zeitpunkt, wo uns die Luft zum Atmen ausgeht, ein Problem zweiter Priorität sein. Sollte es einmal Gemeingut werden, wie sehr sie für die Gesundheit der Menschen von Bedeutung ist, bleibt zu hoffen, dass noch etwas von ihr übrig geblieben ist. Warum sind die Stadtflüchtlinge den Schalmeeingesängen jener gefolgt, die buchstäblich aus Stroh Gold gedroschen haben, indem sie Kulturland zu Bauland umgezogen haben? Nichts gegen eine vernünftige Wertschöpfung, der wir alle unseren mehr oder weniger grossen Wohlstand verdanken! Aber letztlich ist auch der Boden einer jener Ressourcen, die besonders in den letzten 50 Jahren der Mög-

lichkeit, häuslicher genutzt zu werden, für immer (wenigstens nach unseren Begriffen) entzogen worden sind. Der Motor dieses Prozesses war nur vordergründig die Vision von einem besseren Leben. Tatsächlich hatte der Landschaftskonsum immer eine Lobby von wirtschaftlich motivierten Akteuren – hier die Landbesitzer, dort die Bauindustrie. Paradoxerweise ist ein Teil des Landschaftskonsums und der Landschaftszerstörung auf die unhinterfragte Idealisierung des Ländlichen zurück zu führen. Das Wohnen im Grünen gilt landauf landab noch immer als Zeichen von Lebensbejahung und Erdverbundenheit, obwohl der übermässige Flächenkonsum der Einfamilienhausquartiere und die damit verbundenen Infrastrukturkosten und Kollateralschäden in Form eines enormen Verkehrsnetzes zu Strasse und zu Schiene eigentlich niemandem noch ausführlich erklärt zu werden brauchen. Gleichzeitig ist das Leben im Grünen längst zur Karikatur einer Lebensweise geworden, die in Wahrheit



Fichtenweg, Bern (Foto: Ch. Schläppi)
Fichtenweg, Berne (photo: Ch. Schläppi)

ebenso verstädtert, technisiert, industrialisiert ist wie jene in den urbansten Teilen unserer Städte – der Satellitenschüssel und dem Auto sei dank. Eine Landschaftsinitiative findet daher eines ihrer stärksten Argumente dort, wo es um alles andere als um die Landschaft geht – in den Städten, deren verdichtete Bauweise gerade daher ökologisch ist, weil sie ökonomisch funktioniert.

Es ist keine Frage, ob man das Leben in verdichteten Räumen mit seinen sozialen Vernetzungen, seinem kulturellen Potential, seiner kleinräumigen Vielfalt, seiner Flexibilität und allen anderen kleinen und grossen Annehmlichkeiten «besser findet» als das Leben auf dem Land, sondern ein unumgängliches Gebot der Zeit. Die urbanen Räume haben längst gelernt, mit dem Verkehr und seinen Auswir-

kungen umzugehen, Lärm und Luftverschmutzung mit technischen Mitteln in Grenzen zu halten, verödete Nachbarschaften wieder zu hochwertigen Wohnquartieren zu machen. Nun gilt es, die neue Qualität des urbanen Wohnens als nachhaltige Alternative zu begreifen, zu propagieren und zu leben. Die städtische Lebensform deckt bezüglich Grundversorgung, Erholung, Bildung, Kulturellem, aber auch dem Angebot an Arbeit, Dienstleistungen und Sicherheit alle Bedürfnisse auf überraschend unkomplizierte Art. Je peripherer ein Standort, desto schwieriger wird der Zugang zu diesen Lebensbereichen, desto länger werden alle Wege, desto mehr Zeit und Energie werden unproduktiv konsumiert. Aus dieser Sicht ist das Leben im Grünen eine Falle, bei der auch die kleinste Verrichtung beispielsweise

mit dem Verbrauch (fossiler) Energie einhergeht. Selbst wer möchte, vermag dieser Energiefalle nicht zu enttrinnen. Auch von der Bauweise her ist der «Rückzug» aus der Landschaft in die verdichteten Zentren die nachhaltigere Alternative: grosse Bauten mit geringer Abwicklung haben ein wesentlich günstigeres Verhältnis zwischen Erstellungskosten und Energiebedarf als die im ländlichen Raum vielfach anzutreffenden Bautypen.

Wenn wir also den Umgang mit den Ressourcen dort verbessern wollen, wo sie im täglichen Leben anfallen, beim Heizen, im Verkehr, bei Arbeit und Freizeit, so werden wir zwangsläufig auf die gleichen Ziele hin arbeiten müssen, wie es die Landschaftsinitiative mit der Ressource Boden will. Wer hat beim Gang an die Urne schon die Möglichkeit, einmal selbst zu einer nachhaltigeren Zukunft beizutragen? Ein Ja zur Landschaftsinitiative ist der erste unumgängliche Schritt.

*Christoph Schläppi,
Architekturhistoriker*

■ Construire de manière dense pour construire de manière durable –
L'initiative pour le paysage: une chance de mener une politique d'urbanisation différente

■ Avec un sentiment d'incompréhension, les générations futures se demanderont pourquoi la société postindustrielle a ainsi mis en péril ses ressources naturelles avec un empressement tout suicidaire, sans pour autant savoir comment elles pourraient être renouvelées. Cette société – la nôtre – préfère visiblement miser sur la fiabilité d'un système qui échappe à tout contrôle, spéculer sur d'hypothétiques solutions, au lieu de se rendre compte que son rapport au monde ne peut qu'être aussi bon que celui qu'elle a à elle-même. Il ne sera apparemment pas possible d'obtenir son implication par la voie de la raison, mais seulement par une souffrance directe, une peur brute. Tant que celles-ci ne se feront pas sentir, il ne pourra y avoir ni remise en question ni nouvelle réflexion. L'initiative pour le paysage nous donne la possibilité de tenter une fois de plus d'y parvenir. Pour ce faire, il faut tout d'abord admettre que le paysage appartient au débat général sur les ressources et est une ressource non renouvelable. A l'exception de très faibles possibilités de densification, une zone résidentielle construite en bordure de village par exemple ne peut être ni développée ni démolie pour des questions liées au droit foncier. Voilà bien un signe de notre temps. Tous les domaines de la vie qui peuvent être décrits par des méthodes découlant des sciences naturelles ont entre-temps été englobés dans un processus de prise de conscience qui nous permettra probablement d'avoir un rapport



Innenstadt rund um den Zentralplatz, Biel
(Foto: Ch. Schläppi)
Centre-ville de Bienne autour de la place Centrale (photo: Ch. Schläppi)

aux matières premières et au climat beaucoup plus conscient. Par contre, la situation est précaire pour tous les autres domaines, dont le paysage. Mais pourquoi? Peut-être parce que le paysage n'est pas à proprement parler un bien «naturel», mais le produit d'un processus culturel, soit en résumé une projection de l'âme. Sa destruction peut paraître un problème secondaire à une époque où l'air respirable nous manque. Si nous devons un jour nous rendre compte de l'importance du paysage pour la santé de l'homme, il faudrait espérer qu'il en reste alors encore quelque chose. Pourquoi les personnes qui fuient la ville écoutent-elles les propos envoûtants de ceux qui ont, au sens littéral, changé le foin en or, en reclassant des terrains agricoles en zones à bâtir? Parce qu'il n'y a rien à dire contre une valeur

ajoutée raisonnable à laquelle nous devons tous plus ou moins notre prospérité! Mais le sol fait partie de ces ressources qui se sont vues retirer, particulièrement durant les 50 dernières années, toute chance d'être utilisées avec parcimonie (du moins selon nos critères). Ce processus n'a été déclenché qu'en apparence par le rêve d'une vie meilleure. En réalité, la consommation du paysage a toujours été voulue par un lobby d'acteurs motivés financièrement, que ce soit le propriétaire terrien ou l'industrie de la construction. Paradoxalement, la consommation et la destruction du paysage sont en partie dues à une idéalisation du monde champêtre qui n'est pas remise en question. Dans l'esprit de tout un chacun, habiter en pleine verdure signifie encore et toujours aimer la vie et être attaché

Aebistrasse, Bern (Foto: Ch. Schläppi)
Aebistrasse, Berne (photo: Ch. Schläppi)



à la terre, bien qu'il ne soit plus nécessaire de rappeler à quiconque à quel point les quartiers de maisons familiales sont gourmands en surface et engendrent des coûts d'infrastructure et des dommages collatéraux sous la forme d'un énorme réseau de routes et de voies ferrées. Par ailleurs, la vie au vert n'est depuis longtemps plus qu'un style de vie caricaturé, mais en réalité tout aussi urbanisé, technicisé et industrialisé – grâce en soit rendue aux antennes paraboliques et aux autos – que celui qui est répandu dans les parties les plus urbaines de nos villes. De la sorte, la ville, dont le mode de construction dense est justement écologique parce qu'économique, devient curieusement l'un des arguments les plus percutants en faveur d'une initiative pour le paysage.

Il ne s'agit pas de savoir si la vie dans les espaces denses offrant réseaux sociaux, potentiel culturel, diversité à petite échelle, flexibilité et tant d'autres petites et grandes commodités est jugée plus agréable que la vie à la campagne; c'est bien plus pour notre époque un impératif. Les habitants des espaces urbains ont depuis longtemps appris à gérer le trafic et ses conséquences, à limiter le bruit et la pollution de l'air grâce à des moyens techniques et à transformer un voisinage dépeuplé en quartier résidentiel de luxe. Il convient maintenant d'appréhender la nouvelle qualité de l'habitat urbain comme une alternative durable, de la prôner et de la vivre pleinement. Le mode de vie citadin permet, étonnamment sans difficultés, de couvrir tous les besoins en matière de service universel, de délasserment, de formation,

de culture, mais aussi de travail, de prestations et de sécurité. Plus un lieu est périphérique, plus difficile est l'accès à tous ces domaines, plus longs sont les chemins, plus le temps et l'énergie sont mis à contribution de manière improductive. Dans ce cas, la vie à la campagne est un piège dans lequel la moindre activité va de pair par exemple avec une consommation d'énergie (fossile). Qui même le souhaiterait ne pourrait échapper à ce piège énergétique! Du point de vue de la construction, quitter la campagne et ses paysages pour les centres denses représente l'alternative la plus durable: de grandes constructions peu étendues présentent un rapport bien plus favorable entre coûts de réalisation et besoin en énergie que les types de construction rencontrés dans les espaces ruraux. Dans l'idée de mieux utiliser les ressources nécessaires au quotidien pour le chauffage, les déplacements, le travail et les loisirs, nous devons obligatoirement tenter d'atteindre les mêmes objectifs que ceux visés par l'initiative pour le paysage avec la ressource «sol». Qui donc peut se targuer d'avoir contribué lui-même, en se rendant aux urnes, à un avenir durable? Un OUI à l'initiative pour le paysage en constitue le premier pas incontournable !

*Christoph Schläppi,
historien d'architecture*